

WAHLEN

Besser als die Faust im Sack

Basel
machts
besser

mit der rot-grünen
Regierungsmehrheit.



Mutationen an:
Postfach 225, 4005

P.P.
4005 Basel

Warum verwenden wir viel Energie, personelle und finanzielle Ressourcen für den Regierungswahlkampf? Was wollen wir erreichen? Und was würde uns eine Vertreterin im Regierungsrat bringen?

BastA! versteht sich als „Forum von Personen, die sich offen und kritisch mit der sich wandelnden Gesellschaft auseinandersetzen wollen. (...) Wir sind auf der Suche nach neuen Wegen linker Politik, ausserhalb der Konkordanz, frech und konsequent, konstruktiv und anregend.“ Dieses Selbstverständnis steht so auf der BastA!-Homepage und ist auch über 20 Jahre nach der Parteigründung noch immer unbestritten. Der Spagat zwischen der parlamentarischen Arbeit der Grossratsfraktion und dem Engagement mit Basisbewegungen ist uns bisher recht gut gelungen. Häufig brachten unsere GrossrätInnen die Anliegen der Basisbewegungen mit konkreten Vorstössen ein. Auch vor Kritik an der rot-grünen Regierungsmehrheit schreckten wir nicht zurück – im Gegenteil! Und nun haben die BastA!-Mitglieder nach intensiven Diskussionen entschieden, mich als Kandidatin ins Rennen um einen Regierungsratssitz zu schicken und zwar auf der gemeinsamen 5er

Liste, zusammen mit den KandidatInnen der Grünen und der SP.

Gerechtigkeit und Solidarität

Der Schwerpunkt meines Wahlkampfes liegt darin, die Anliegen der weniger privilegierten Menschen in Basel zu vertreten. „In Basel sollen alle in Würde leben können, deshalb braucht es mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität“ lautet einer meiner Leitsätze im Wahlkampf und wer meine bisherige politische Arbeit kennt weiss, dass das keine leeren Worthülsen sind. Neben dem Kampf für Chancengleichheit in der Bildung, bezahlbaren Wohnraum, würdige Arbeitsbedingungen, gerechte Besteuerung, eine menschliche Asylpolitik und gegen Sozialabbau und Abzockerei von internationalen Grosskonzernen soll auch die Forderung nach Umverteilung des vorhandenen Reichtums ihren Platz in der Kampagne haben. Meine Kandidatur soll keine „one woman show“ sein, sondern Teil einer breit abgestützten linken und solidarischen Bewegung.

Kritik an rot-grün etwas entgegen setzen

Meine Regierungskandidatur ist auch eine Plattform um die Inhalte und konkreten Ziele der BastA!-Politik bekannter zu machen. Ziele, für die

BastA! im Grossen Rat steht und auch im Regierungsrat stehen soll. Die Chancen für eine Wahl sind nicht riesig, aber sie bestehen, deshalb steige ich mit vollem Engagement in den Wahlkampf und möchte mit euch diese Chance packen. Anstatt weiter einfach zu kritisieren, dass die rot-grüne Politik der Regierung viel zu wenig spürbar ist, setzt BastA! mit der Regierungsratskandidatur diesem Gefühl des Ärgers, der Enttäuschung und der Ohnmacht etwas entgegen. Lasst uns zeigen, dass linke Regierungs-politik sozial gerecht, solidarisch und nahe bei den Menschen sein kann. Lasst uns zeigen, dass wir nicht die Profitmaximierung der grossen multinationalen Firmen im Fokus haben. Lasst uns die Bedürfnisse der weniger privilegierten BewohnerInnen ins Zentrum stellen, damit Basel eine lebenswerte Stadt wird, in der alle Platz für ein würdiges Leben finden.



Heidi Mück, BastA!-Copräsidentin und Regierungsratskandidatin

15. September

Themenabend: Stadtentwicklung und Verdrängung

17. September

Lauf gegen Grenzen

Wir starten als Liste 8 und suchen noch SponsorInnen und LäuferInnen

25. September

Abstimmungen

AHVplus JA

Grüne Wirtschaft JA

Nachrichtendienstgesetz NEIN

26. September

Koordination

01. Oktober

Grossdemo für das Recht auf Asyl in Lausanne

08. Oktober

Demo gegen TTIP & TISA in Bern

23. Oktober

Wahlen

Liste 8 in den Grossen Rat und Heidi Mück in den Regierungsrat wählen.

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei uns grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

basta-bs.ch/mitglied

IMPRESSUM

Nr 03/2016

Redaktion: Franziska Stier, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Marianne Gloor, Till Kleisli

Layout: Till Kleisli

Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Persönlich



Franziska Stier übernimmt während der nächsten Monate die Arbeit im BastA! Sekretariat und wird damit auch eine zentrale Rolle für die Gesamterneuerungswahlen einnehmen. Was sie motiviert und wie sie zu uns kam, erfahrt ihr im Interview mit ihr.

Till Kleisli: Franziska, du bist politisch sehr aktiv, an Demos oder auch in deiner Jobauswahl. Gab es bei dir ein politisierendes Ereignis, oder warst du schon immer politisch?

Franziska Stier: Politisch aktiv wurde ich während des Studiums in Konstanz. Zuerst bei Linksjugend [solid] und dann schnell in der Studierendenvertretung. Eines der wichtigsten Projekte war damals der bundesweite Bildungstreik 2008/2009, der auch an Schweizer Hochschulen Einzug hielt.

Mit dem Ende des Studiums, war für mich klar, dass ich gern weiterhin politisch aktiv sein möchte, die Frage war nur, wo.

Du warst dann ja zunächst 6 Jahre bei der Unia tätig und nun bei BastA!. Wie beurteilst du die Gestaltungsmöglichkeiten der Parteiarbeit auf der einen und der ausserparlamentarischen Politik auf der anderen Seite?

Immer weniger Menschen glauben, dass im Parlament ihre Interessen vertreten werden. Ein Teil wendet sich politikverdrossen ab und ein anderer organisiert sich selbst. Und es ist Aufgabe einer progressiven Partei, Teil dieser Bewegungen zu sein. Es geht schlussendlich darum, die Politikfelder zusammen zu denken. Es braucht die Gestaltung der staatlichen Rahmenbedingungen, die vor allem über das Parlament und somit über Parteiarbeit erfolgen kann. Es braucht aber auch private, ausserparlamentarische Initiativen, Bewegungen und Organisationen,

die sich unabhängig von den bestehenden Strukturen oft viel progressiver und innovativer engagieren können.

Wenn man jeden Bereich politischer Arbeit für sich betrachtet und die verschiedenen Stränge nur einzeln verfolgt ohne den Versuch zu unternehmen sie zusammen zu führen, wird Politik sehr schnell reaktionär. Deshalb ist es wichtig die Themen und die geführten Kämpfe zu verbinden.

Wie kann denn diese Verbindung deiner Meinung nach aussehen?

Ein Teil ist sicherlich, das säen von Utopien für die es zu streiten lohnt. Ich möchte andocken können an Rosa Luxemburgs „revolutionäre Realpolitik“. Anders gesagt, eine Alltagspolitik mitgestalten, die sich an unseren Visionen orientiert. Und hier spielen die Alltagskämpfe um Wohnraum, Lebensraum, Bleiberecht, Ökologie und die Verfügung über Zeit, quasi alle Bereiche in denen wir krisengeschüttelt sind eine entscheidende Rolle.

Kommen wir zum Schluss noch kurz auf die anstehenden Wahlen. Was sind deine Ziele für den Wahlkampf?

Ich möchte die Rolle von BastA! als Partnerin für ausserparlamentarische Bewegungen betonen und dadurch auch den Wahlkampf zu einer breit abgestützten Bewegung machen. Wir brauchen die Energie aller Menschen, die unsere Utopien teilen, oder wie es Antonio Gramsci gesagt hat:

„Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit, bewegt euch, denn wir brauchen all eure Begeisterung, organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“

Initiative Grüne Wirtschaft: Grün und links

CC NASA



Weil wir nur eine Erde haben.

Die Initiative will, dass der Staat eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft und geschlossene Stoffkreisläufe fördert. Das Ziel ist, dass bis ins Jahr 2050 der „ökologische Fussabdruck“ der Schweiz so reduziert wird, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet.

Die Wirtschaft in der Schweiz (inkl. Import) soll sich also so ändern, dass wir nur so viele Ressourcen verbrauchen, wie uns zustehen. Weder andere Regionen der Welt noch zukünftige Generationen sollen ausgebeutet werden. Von der angestrebten Kreislaufwirtschaft sind wir heute noch weit weg. Die Schweiz feiert sich zwar gerne als Recycling-Weltmeisterin, die Realität sieht aber anders aus. Die Schweiz ist pro Kopf gerechnet heute die zweitgrösste Abfallproduzentin in Europa. Seit 1990 stiegen die Siedlungsabfälle pro Kopf um 20%. Bei Kunststoffen werden heute nur 11% recycelt. Das Potenzial ist also gross. Aufgrund des erarbeiteten, aber schlussendlich im National- und Ständerat abgelehnten Gegenvorschlags zur Initiative kann davon ausgegangen

werden, dass mit der Annahme der Initiative auch primär ein besseres Recycling und langlebigere Produkte erreicht werden können. Die Idee der Initiative geht aber darüber hinaus.

Gerechtigkeit statt Greenwashing

Der Titel der Initiative erinnert zwar eher an Greenwashing als an ein linkes Projekt. Davon sollten wir uns aber nicht täuschen lassen. Die Idee hinter der Initiative ist nicht nur grün, sondern auch links:

Die (Ressourcen-)Gerechtigkeit. Heute leben wir auf Kosten der meisten anderen Weltregionen und zerstören gleichzeitig die Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen. Die Kriege um Ressourcen (Erdöl, Wasser, fruchtbarer Boden, etc.) werden dadurch noch stärker zunehmen. „Der Kapitalismus ist zum Untergang verdammt. ... doch darf man sich das Ende nicht friedlich vorstellen.“ schrieb Ulrike Herrmann dazu im *Le Monde diplomatique**. Es ist daher notwendig, jetzt damit zu beginnen, die Wirtschaft zu transformieren. Die Idee eines „nachhaltigen Wachstums“ mit der Vorstellung, das Wirtschaftswachstum lasse sich vom Rohstoffverbrauch „entkoppeln“, funktioniert jedoch nur ungenügend, solange

die Ressourceneinsparung (z.B. durch effizientere Maschinen) dazu genutzt wird, mit dem gleichen Einsatz mehr zu produzieren.

Die Förderung der Kreislaufwirtschaft, wie es die Initiative Grüne Wirtschaft will, ist daher wichtig. Aber sie ist nur ein Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Welt, in der wir in der Schweiz nur die Ressourcen verbrauchen, die uns global und über die Generationen hinweg gesehen zustehen. Der nächste Schritt muss sich mit dem Ende des Wachstums beschäftigen.

* Artikel „Über das Ende des Kapitalismus“ von Ulrike Herrmann, *Le Monde diplomatique*, 09.04.2015



Tonja Zürcher, BastA!-Copräsidentin und Grossrätin

Nur falsche Demokratien brauchen richtige Geheimdienste

Am 25. September 2015 hat das Parlament das Nachrichtendienstgesetz verabschiedet. Exakt ein Jahr später hat die Stimmbevölkerung die Chance, diese Fehlentscheidung zu korrigieren.

Bundesrat und Parlamentsmehrheit wollen aus dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) einen wirklichen Geheimdienst machen. Er soll Telefone abhören, E-Mails mitlesen und sich an den Verbindungsdaten bedienen, die bei der Telekommunikation anfallen. Er soll fremde Computer hacken, Wohnungen durchsuchen, Wanzen und Videokameras darin installieren dürfen. Und schliesslich will man ihm erlauben, die «leitungsgebundenen Netze» der Telekommunikation mit dem elektronischen Staubsauger zu bearbeiten; diese «Kabelaufklärung» soll zwar nur dann möglich sein, wenn entweder SenderIn oder EmpfängerIn im Ausland sitzen –

eine Differenzierung, die im Internet-Verkehr nur schwer möglich ist. Selbst der deutsche Bundesnachrichtendienst hat es nicht geschafft, am Frankfurter Internet-Knotenpunkt zwischen nur inländischer Kommunikation und solcher mit Auslandsbezug zu unterscheiden.

Damit es der Bevölkerung angesichts des bedrohlichen Arsenal nicht Angst und Bange wird, verteilt der Bundesrat Beruhigungspillen: Die neuen Massnahmen seien erstens «genehmigungspflichtig». Konkret heisst das, dass ein einsamer Richter des Bundesverwaltungsgerichts sein Ja-Wort geben muss. Kaum vorstellbar, dass er oder sie sich den Wünschen des NDB verweigert, wenn dieser eine ernsthafte Bedrohung durch Terroristen an die Wand malt.

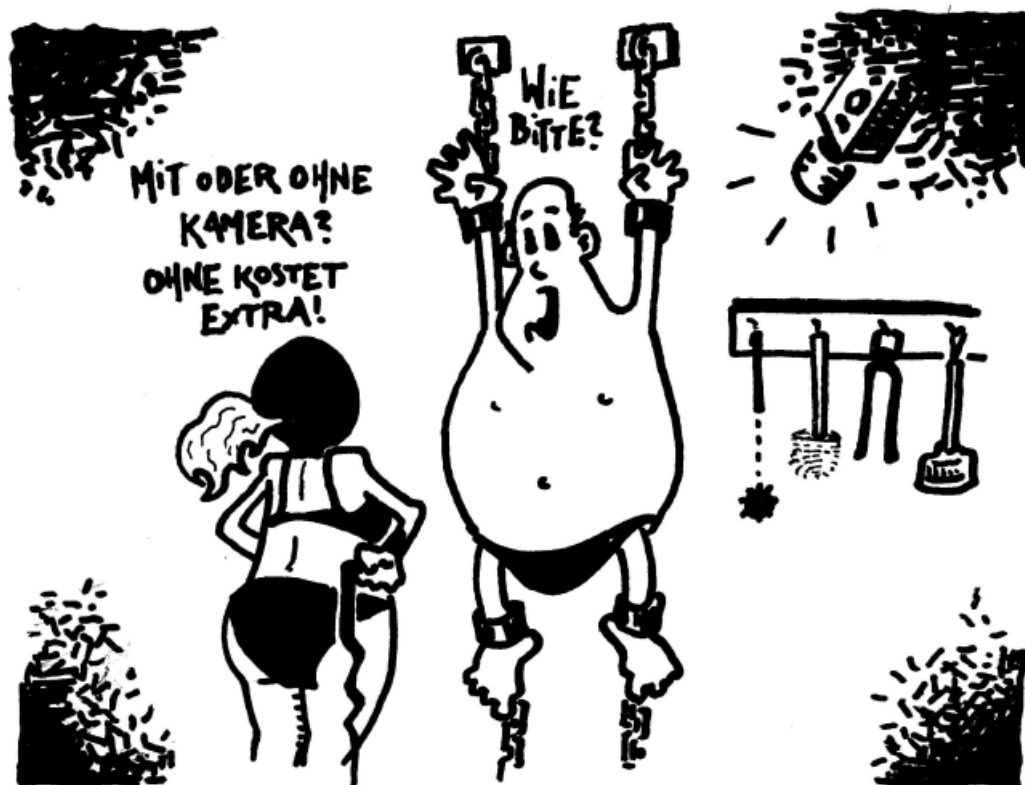
Zweitens behauptet der Bundesrat, es gehe nur um etwa zehn Fälle pro Jahr. Für diese quantitative Zurückhaltung

gibt es aber in dem Gesetz nirgendwo eine Garantie. Und drittens sollen sich die Überwachungen nicht gegen den «gewalttätigen Extremismus» richten dürfen. Wer aber beispielsweise die Darstellungen des NDB über die kurdische PKK liest, wird schnell merken, dass die Grenzen zwischen dem, was der Dienst für «extremistisch» und dem, was er für «terroristisch» hält, recht fließend sind.

Ein Rückblick

Seit dem 11. September 2001 haben der Geheimdienst und seine politischen LiebhaberInnen für diese Ausweitung der Befugnisse gewiebelt, die zunächst im Bundesgesetz über die Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS) verankert werden sollten. 2005 veröffentlichte die «Weltwoche» einen noch internen Entwurf. Der öffentliche Aufschrei war gross, der Entwurf gescheitert. 2006 legte EJPD-Vorsteher Blocher einen

KARIKATUR VON UDO THEISS



Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten...

Neuentwurf vor. 2009 scheiterte auch der – und zwar an einer «unheiligen Allianz» von SP und Grünen mit der SVP. Nach der Vereinigung des Inlands- und des Auslandsgeheimdienstes zum NDB konnte der nun zuständige Verteidigungsminister nur eine light-Version, ohne die «besonderen» Beschaffungsmethoden, durchsetzen.

2015 konnten sich jedoch nur noch die Grünen und ein Teil der SP-Fraktion erinnern, dass bereits der Instrumentenkasten des geltenden BWIS schon reichlich bestückt ist: Der NDB darf sich schon jetzt an allen möglichen öffentlichen Datensammlungen bedienen, einige sogar direkt abfragen. Öffentliche Institutionen sind ihm auskunftspflichtig. Er darf «Vorgänge» im öffentlich zugänglichen Raum – von Demos bis zu privaten Gesprächen – bespitzeln und aufzeichnen. Er führt hauptamtliche und freischaffende Spitzel u.a.m.

Eine Frage des Gedächtnisses

Schon 1995, während der parlamentarischen Beratungen des BWIS, hatte eine reaktionäre Clique im Ständerat versucht, den Staatsschutz zur Telefonüberwachung und zur Verwanzung von Privaträumen zu ermächtigen. Dem Bundesrat ging das damals zu weit. Er fürchtete, dass das Gesetz als Ganzes in der Volksabstimmung scheitern könnte. Schliesslich war der Fichenskandal im öffentlichen Gedächtnis durchaus noch präsent.

Zur Erinnerung: 1989 hatte die parlamentarische Untersuchungskommission aufgedeckt, dass die damalige Bundespolizei 900'000 Personen und Organisation fichiert hatte.

An die Stelle der papiernen Fichen trat seit 1992 das Computersystem ISIS. Die Menge der Daten wuchs kontinuierlich. 2010 musste die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments vermelden, dass erneut über 200'000 Personen beim NDB registriert waren.

Dieser zweite Fichenskandal hielt das Parlament jedoch nicht davon ab, den Geheimdienst mit mehr Macht auszustatten. Wer ein gutes Gedächtnis hat, muss daher am 25. September mit Nein stimmen.

*Heiner Busch,
Redakteur Bürgerrechte & Polizei/
CILIP und Vorstandsmitglied des Komi-*

Milliardengeschenke für reiche Unternehmen?

Schon der Ansatz der Unternehmenssteuerreform ist verkehrt: Die Schweiz muss aufgrund von internationalem Druck die bestehenden Steuer-Privilegien von multinationalen Unternehmen abschaffen. Anstatt das als Anlass zu nehmen, das Steuersystem fairer zu machen suchte man nach neuen Steuertricks, damit die betroffenen Firmen nicht mehr Steuern bezahlen müssen.

Die rechten Parteien in National- und Ständerat haben den ohnehin schon faulen Vorschlag des Bundesrats mit immer neuen und zusätzlichen Steuergeschenken für die reichen Grossunternehmen beladen. Das Resultat: Die geschätzten Steuerausfälle würden mindestens 3 Milliarden Franken jährlich betragen. Real wahrscheinlich ein Vielfaches, wie wir von der Unternehmenssteuerreform II wissen.

Dass SP-Regierungsrätin Eva Herzog dennoch für die neuen Steuergeschenke kämpft – obwohl die Vorlage auch aus ihrer Sicht nicht wie gewünscht ausgefallen ist – ist nachvollziehbar. Sie hat als Basler „Schatzmeisterin“ die Aufgabe, zu schauen, dass die Steuereinnahmen von den Pharma- und Chemieriesen erhalten bleiben. Es besteht tatsächlich ein Risiko, dass diese Firmen ihren Briefkasten in eine andere Steueroase verlagern, wenn die Schweiz ihre Steuer-Privilegien abschafft, ohne ihnen neue Geschenke zu präsentieren. Diese Politik ist aus der Perspektive einer sozialen und solidarischen Grundüberzeugung trotzdem falsch.

Einerseits sind mit der USR III die Steuerausfälle nicht nur möglich, sondern gewiss. Die Stadt Zürich rechnet mit mindestens 180 Millionen Franken Steuerausfällen jährlich. Wie hoch die Ausfälle in Basel sein werden, ist noch nicht abschliessend bekannt. Dass es aber zu Ausfällen in mehrstelliger Millionenhöhe kommt, ist unbestritten. Diese werden entweder

durch Steuererhöhungen für Privatpersonen gedeckt, was eher unwahrscheinlich ist. Oder durch weitere Sparpakete zulasten der ärmeren Bevölkerung Basels.

Andererseits kann man nicht von Solidarität sprechen, sich dann aber gleich davon verabschieden, wenn Basel etwas zurückbuchstabieren müsste, weil der Reichtum der Stadt bisher nun mal nicht unwesentlich auf der Steuerdumpingpolitik basierte. Natürlich muss dann nicht nur der globale Reichtum gerechter verteilt werden, sondern auch der in Basel verbleibende, so dass jene Menschen in Basel, die heute schon wenig haben, nicht noch weniger haben.

Es stimmt zwar, dass es den globalen Armen auch nichts nützt, wenn die Pharma- und Chemieriesen nicht in Basel, sondern einer anderen Steueroase ihre „Steuern optimieren“. Sicher ist jedoch, dass es ihnen schadet, wenn die Schweiz die europäische und globale Unternehmenssteuer-Dumpingspirale nach unten weiter anheizt. Ausserdem wäre es durchaus von Bedeutung, wenn sich die Schweiz endlich für strengere internationale Regeln einsetzen würde, anstatt diese mit der stetigen Einführung neuer Steuertricks zu unterlaufen.

Wir warten gespannt auf die angekündigte kantonale Vorlage zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform in Basel-Stadt und die darin enthaltenen «flankierende Massnahmen». Diese soll nämlich schon in die Vernehmlassung gehen, bevor auf nationaler Ebene über die USR III beschlossen wird.



Tonja Zürcher, BastA!-Copräsidentin und Grossrätin

AHVplus – eine Initiative mit sozialpolitischen Mängeln

„Wer rechnet, stärkt die AHV!“ Mit diesem Slogan werben die Gewerkschaften für die Initiative AHVplus, über die wir im September abstimmen werden. Sie verlangt eine Erhöhung der AHV-Renten um 10%.

Die AHV zu stärken und die Renten der Lohnentwicklung anzupassen ist im Grundsatz sicher sinnvoll. Die Finanzierung der AHV über das Umlageverfahren ist den Turbulenzen an den Finanzmärkten viel weniger ausgesetzt, als die Finanzierung der Pensionskassen, welche die Sparguthaben möglichst rentabel anlegen müssen. Laut Verfassung müsste die AHV eigentlich eine existenzsichernde Altersrente sein. Bis heute ist sie das nicht. Nur dank der Ergänzungsleistungen ist die Existenzsicherung im Alter auch für niedrige Einkommen gewährleistet.

Die AHV zu stärken und auszubauen ist also ohne Zweifel eine gute Sache und entspricht einer alten Forderung der Linken. Trotzdem kann die Initiative der Gewerkschaften nicht wirklich überzeugen, denn sie hat gleich zwei sozialpolitische Mängel.

Wer profitiert, und wer nicht?

Die Gewerkschaften haben bei der Ausformulierung der Initiative wohl ihre klassische Klientel vor Augen gehabt: Personen, die ein Leben lang arbeiten und im Alter ihr Einkommen über AHV und Pensionskasse beziehen. Diese Rentnerinnen und Rentner hätten bei einer Annahme der Initiative mehr Geld zur Verfügung. Wer hingegen im Alter auf Ergänzungsleistungen angewiesen ist, spürt nichts von der Erhöhung der AHV. Er oder sie bekommt zwar wie alle anderen mehr AHV-Rente, aber entsprechend weniger Ergänzungsleistungen. Unter dem Strich bleibt das gesamte zur Verfügung stehende Einkommen gleich, solange der für die Ergänzungsleistungen massgebende Grundbedarf nicht angehoben wird. Zu den Profiteuren



gehören deshalb auch der Bund und die Kantone, die weniger Ergänzungsleistungen berappen müssen.

Wenn die Gewerkschaften in ihrer Broschüre schreiben, „die Frauen profitieren am meisten von der AHV“, so ist das bezogen auf die AHV im allgemeinen zwar richtig, trifft aber nicht auf die Initiative AHVplus zu. Denn 38% der Frauen im Pensionsalter leben ausschliesslich von AHV und Ergänzungsleistungen, bei den Männern sind es immerhin 19% (Quelle: Broschüre des Gewerkschaftsbundes). Dass ausgerechnet die tiefsten Renten nicht von einer Annahme der Initiative profitieren würden, ist mehr als ein Schönheitsfehler.

Kluft zwischen Minimal- und Maximalrente wächst

Der zweite Mangel der Initiative besteht darin, dass die Renten prozentual erhöht werden sollen. Das ist sozialpolitisch insofern problematisch, als die Differenz zwischen der Minimal- und der Maximalrente bei der AHV doch relativ gross ist und die Kluft durch die prozentuale Erhöhung noch wächst. Zurzeit beträgt die Maximalrente für Einzelpersonen 28'200 Franken pro Jahr, die Minimalrente 14'210 Franken. Die Personen mit der geringsten Rente erhalten bei Annahme der Initiative also 1'421 Franken mehr pro Jahr, diejenigen

mit der höchsten 2'820 Franken. Dabei hätte dieser Mangel leicht behoben werden können, indem man statt einer prozentualen Erhöhung eine Erhöhung um einen festen Betrag gefordert hätte, bei Einzelpersonen beispielsweise um 200 Franken monatlich.

Grundbedarf bei den Ergänzungsleistungen erhöhen!

Trotz der erwähnten Mängel plädieren wir für ein Ja zur Initiative AHVplus. Denn im Grundsatz zielt die Initiative in die richtige Richtung: Stärkung und Ausbau der AHV. Wir erwarten allerdings von den Gewerkschaften, dass sie sich nach einer Annahme der Initiative mit gleichem Engagement für eine Erhöhung des Grundbedarfs bei den Ergänzungsleistungen stark machen – damit auch die Betagten mit den tiefsten Renten etwas besser gestellt werden.



von Urs Müller, ehem. Grossrat und Martin Flückiger, Grossratskandidat

„Unsere Identität, unsere Kultur und unsere Geschichte sollen vernichtet werden“

Diyarbakir, die grösste Stadt im kurdischen Südosten der Türkei und Weltkulturerbe, ist seit August 2015 Kämpfen, Ausgangssperren, Enteignungen, Vertreibungen und Zerstörungen ausgesetzt – weitgehend unbeachtet von der europäischen Öffentlichkeit. Eine Gruppe (s. Info-Box) mit BastA!-Nationalrätin Sibel Arslan hat die Stadt vom 19. bis 22. Juni 2016 besucht. Seit-her erfolgte ein misslungener Militärputsch, den Präsident Erdogan für einen Staatsstreich nutzte.

In Diyarbakir kontrollieren Polizeiposten Fahrzeuge und Fussgänger am Stadttor Dag Kapi, einem der vier Haupttore in der 5,7 Kilometer langen Festungsmauer, welche seit der Antike die Innerstadt umgibt und ihr den Namen gab: Sur (Stadtmauer). Die Stadt an der Seidenstrasse ist seit Jahrtausenden und bis heute ein Schmelztiegel vieler Kulturen. Zusammen mit den Hevsel-Gärten am Tigris ausserhalb der Stadt wurde sie im Sommer 2015 ins Weltkulturerbe der Unesco aufgenommen.

Polizeiposten, gepanzerte Fahrzeuge, Schützenpanzer und Wasserwerfer sind in ganz Sur zu sehen. Die kleinen Durchgänge in der Stadtmauer sind mit Betonplatten verbarrikadiert, was die Menschen bei ihren täglichen Geschäften zu langen Umwegen zwingt. An vielen Häusern haben Gewehrsalven, Mörser und Granaten ihre Spuren hinterlassen. Ganze Strassenzüge sind unbewohnt, die Läden geschlossen ebenso die 18 Quartierzentren. Menschen dürfen nicht in ihre verriegelten Häuser zurückkehren. Der östliche Teil von Sur ist gänzlich abgesperrt mit Betonmauern, Polizeiposten und Sichtschutz – auch für die Besucher aus der Schweiz in Begleitung der HDP-Abgeordneten Sibel Yigitalp.

Die Demokratische Volkspartei HDP, der viele Kurdinnen und Kurden angehören, überwand bei den Wahlen im Juni 2015 die Zehnprozent-Hürde und errang 80 Sitze im Parlament. Im Mai

2016 wurde die Immunität von Yigitalp und 50 weiteren HDP-Parlamentariern aufgehoben. Die meisten wurden daraufhin wegen Unterstützung einer Terrororganisation angeklagt.

Im Juli 2015 hatte Präsident Erdogan den seit 2013 laufenden Friedensprozess mit den Kurden beendet. HDP-Anhänger wurden inhaftiert, Städte, die mehrheitlich HDP gewählt hatten wie Diyarbakir, militärischem Terror ausgesetzt. Die darauf folgenden Aufstände wurden niedergeschlagen. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD kamen über 600 Zivilisten ums Leben und rund 400'000 Menschen wurden vertrieben.

Um die Vertriebenen kümmert sich vor allem der Verein Rojava, der 2014 nach den Kriegen um Kobane in Syrien und Sengal im Irak gegründet worden war, um die 250'000 Flüchtlinge zu versorgen, die in die Türkei geflohen waren und die nach der Befreiung Kobanes 2015 grösstenteils zurückkehrten. Jetzt kümmert sich der Verein um die Vertriebenen im eigenen Land. Hilfe vom Staat erhält er nicht, im Gegenteil: Die Be-

hörden versuchen mit allen Mitteln, Hilfslieferungen zu behindern. Lkws wurden gestoppt, Ware zerstört, Zelte aufgeschlitzt und die Bankkonten des Vereins gesperrt. Den Vereinsmitgliedern drohen zudem Klagen wegen Unterstützung von Terroristen.

22'000 Vertriebene aus Sur werden nicht zurückkehren können. Gemäss Satellitenaufnahmen wurden bisher 1'100 Gebäude vollends zerstört und täglich werden es mehr. Mauerreste und Hausrat aus den zerstörten Häusern werden ausserhalb der Stadt auf einer riesigen, abgesperrten Schutthalde deponiert.

Schlimmer als in den Neunzigerjahren

Es sei heute viel schlimmer als in den Neunzigerjahren, sagten Co-Präsidentin* Leyla Güven und Co-Präsident Hatip Dicle des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) von Diyarbakir, in dem alle zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten sind. Bereits seien weit mehr Menschen aus den Städten vertrieben worden, als damals aus den rund 4000 zerstörten



Die Co-Oberbürgermeisterin von Diyarbakir Gültan Kisanak, die vor dem Putsch ein düsteres Bild für die Zukunft ihrer Stadt zeichnete, mit BastA!-Nationalrätin Sibel Arslan, die den Putschversuch in Istanbul erlebte.

* Die Spitzen aller Verwaltungen und Organisationen der HDP sind jeweils von einer Frau und einem Mann besetzt.

Dörfern, und Europa schaue weg, selbst wenn Leute in ihren Häusern verbrannt würden.

Auch die Co-Oberbürgermeisterin von Diyarbakir Gültan Kisanak zeichnet ein düsteres Bild. Erfolglos hatte sie während der monatelangen Kämpfe den Dialog mit den staatlichen Behörden und mit der Unesco gesucht, um die Zerstörung zu stoppen. „Unsere Identität, unsere Kultur, das Zusammenleben verschiedener Völker und Religionen – unsere ganze Geschichte sollen vernichtet werden“, sagte sie und weiss, dass ihr jederzeit Amtsenthebung und Inhaftierung drohen können. Erdogan möchte unliebsame Bürgermeister durch Statthalter ersetzen. „Wir hätten als pluralistische und demokratische Gesellschaft ein Vorbild im Nahen Osten sein können. Diese Chance ist nun vertan.“ Jetzt drohten Chaos und Krieg mit Auswirkungen auf den ganzen Nahen Osten und darüber hinaus bis nach Europa.

Der Staatsstreich nach dem Putschversuch

Am Abend des 15. Juli 2016 donnerten Kampffjets im Tiefflug über Istanbul und Ankara, Panzer rollten durch die Strassen. Es wäre der vierte Militärputsch seit 1960 gewesen. Er misslang, lässt aber viele Fragen offen. Die türkische Regierung machte umgehend ihre einstige Verbündete, die religiöse Gülen-Bewegung, für den Putschversuch verantwortlich. Beobachter äusserten den Verdacht, die Regierung habe ihn selbst inszeniert, kam der Vorwand Präsident Erdogan doch äusserst gelegen, um den ohnehin schon in Angriff ge-



Ein zerstörtes Haus

nommenen Umbau des Staates voranzutreiben. Er selber bezeichnete den Coup denn auch „als Geschenk Gottes“. Am 20. Juli hat Präsident Erdogan für die ganze Türkei den Ausnahmezustand ausgerufen, der sonst nur in kurdischen Gebieten galt. Damit kann er für drei Monate per Dekret allein regieren. Für die gleiche Zeit wurde die Menschenrechtskonvention ausser Kraft gesetzt. Nach dem ersten Dekret dürfen Verdächtige 30 Tage ohne Anklage inhaftiert werden, was der Folter erwiesenermassen Tür und Tor öffnet. Regierungsvertreter sprechen sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Sibel Arslan ist sehr besorgt: „Die Menschen haben Angst. Die Rechtsstaatlichkeit wird abgebaut, die Gewaltenteilung aufgehoben, das Recht auf

freie Meinungsäusserung beschnitten. Es trifft nicht nur die Putschisten. Dass die Türkei schlimme Zeiten erwartet, hörten wir schon auf unserer Delegationsreise immer wieder. Jetzt dient der Putsch zusätzlich als Deckmantel, um noch mehr gegen alle regierungskritischen Menschen vorzugehen.“

Inzwischen wurden rund 18'000 Menschen festgenommen, darunter Soldaten, Polizisten, Beamte, Richter, Akademiker, Lehrer und Journalisten. An die 70'000 wurden entlassen oder suspendiert und rund 50'000 Reisepässe wurden für ungültig erklärt. Mit dem jüngsten Dekret Erdogans werden insgesamt weit über 100 Nachrichtenagenturen, Fernsehstationen, Radiosender, Zeitungen, und Verlagshäusern geschlossen sowie weitere Militärs entlassen.

von Anne-Lise Hilty

Teilnehmende der Reise

- Sibel Arslan, Nationalrätin, BastA! (Grüne Schweiz), Basel-Stadt, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK)
- Claude B \square \square , Nationalrat, CVP, Waadt, Mitglied der APK
- Laurence Fehlmann Rielle, Nationalrätin, SP, Genf, Mitglied der Rechtskommission
- Claudia Friedl, Nationalrätin, SP, St. Gallen, Mitglied der APK
- Mustafa Atici, Grossrat, SP, Basel-Stadt
- Hansueli Scheidegger, Delegierter Unia Schweiz
- Anina Jendreyko, Kulturschaffende
- Anne-Lise Hilty



Verbarrikadierte Zugaenge der Stadtmauer (UNESCO-Welterbe) zu den Wohnvierteln ausserhalb der Innenstadt

Ein Vierteljahr im Grossen Rat

Am Mittwochmorgen sitze ich auf meinem Platz und fühle mich ein wenig unsicher und gleichzeitig beeindruckt, dass ich überhaupt in diesem Saal sitzen darf. Von einigen mir noch unbekanntem Grossräten und Grossrätinnen werde ich freundlich begrüsst und willkommen geheissen, unabhängig von Parteizugehörigkeit und politischem Lager. Das überrascht mich doch ein wenig, dass ausserhalb der politischen Debatte der Umgang offenbar sehr freundlich ist.

Meinem ersten Tag im Grossen Rat ging eine allgemeine Einführung und eine Führung durchs Rathaus voraus, einen Tag vor meinem offiziellen Beginn im Rat.

Meinen Sitz bereits zu kennen und nicht am Morgen suchen zu müssen, den Eingangsausweis bereits zu haben und einige Räumlichkeiten bereits gesehen zu haben, erleichterte mir die Ankunft am Mittwochmorgen wesentlich und auch die offizielle Begrüssung durch die Grossratspräsidentin und der freundliche und wohlwollende Applaus fühlten sich gut an.

Die Wahl in die Begnadigungskommission war auch keine wirkliche Hürde und die einzelnen «Nein» Stimmen konnte ich verschmerzen.

Und dann zeigt er sich, der exemplarische Widerspruch der Politik zwischen Rot/Grün und den Bürgerlichen; am Morgen wird ein Sparpaket zu Lasten des Basler Staatspersonals verabschiedet, das nach Meinung der Bürgerlichen durchaus hätte härter ausfallen können und eigentlich viel zu milde sei und am Nachmittag wird ein steuerliches Entlastungspaket für den Mittelstand der Bürgerlichen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Überhaupt- der Mittelstand wird von

den Bürgerlichen sehr häufig zitiert und müsste nach deren Meinung steuerlich noch viel mehr entlastet werden, aber wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, dann spielt der Mittelstand, der bei der Finanzierung von Krippenplätzen und anderen Erleichterungen hätte entlastet werden können, plötzlich keine Rolle mehr, um ein paar Stunden später bereits wieder ein Revival zu erfahren, als es um den Eigenmietwert geht.

Und dann gibt es ein weiteres Thema, dass immer wieder zu hitzigen Debatten oder fast Ablehnung von durchaus sinnvollen Geschäften führt:

Die Parkplatzdiskussion!

Ich zitiere einen Parlamentarier: Er wundere sich schon ein wenig, wie es der Grosse Rat immer wieder und bei den unterschiedlichsten Geschäften zustande bringe, am Schluss über Parkplätze zu diskutieren.

Auch ein beliebtes Thema: Ausstandsregelung!

Hätten die Staatsangestellten (wie von gewissen Bürgerlichen moniert) im Rat bei der Sparpaketsabstimmung wirklich in den Ausstand treten sollen, dann hätten eigentlich auch alle HäuschenbesitzerInnen bei der Eigenmietwertdebatte in den Ausstand treten müssen. Absurdistan!

Wir werden doch auch gewählt, um Interessen eines Berufsstandes oder einer Bevölkerungsgruppe zu vertreten.



Beatrice Messerli, Grossrätin

Zu den Grossratswahlen treten wir zusammen mit den Grünen und dem jgb auf Liste 8 an.

Team Kleinbasel



Beat Leuthardt (bisher), **Tonja Zürcher** (bisher), **Rita Schiavi**, **Nicola Goeppfert**, Zamira Angst, Sina Deiss, Lena Nötzli, Ali Aydin, Marcel Pfeiffer, Michel Steiner, Christian Vontobel

Team Grossbasel Ost



Daniel Spirgi (bisher), **Till Kleisli**, **Mariann Gloor**, **Elif Coskun**, Dora Borer, Regula Menzi, Johanna Schmucki, Stefanie Twerdy, Jonas Beetschen, Hannes Reiser, Andreas Vincenzi, Jonas Zurflüh

Team Grossbasel West



Beatrice Messerli (bisher), **Oliver Bolliger**, **Beatrice Alder**, Jacqueline Altermatt, Regula Enggist, Magdalena Urrejola, Julia Zumstein, Thomas Erlemann, Martin Flückiger, Peter Kaderli, Finn Mück, Nils Mück, Sebastian Nötzli, Christian Schlumpf, Adrian Schriel

Team Riehen

Franca Mader, Robert Planzer

MIR BLIIBE OFFE

WEIL ZU

KEINE ZUKUNFT HAT.

LISTE 8
BÜNDNIS GRÜNE BASTA! JGB

gruenebasta.ch

Gemeinsam für mehr Demokratie im Baselbiet



Das junge grüne bündnis nordwest hat zusammen mit der JUSO Baselland am 5. Juli die Demokratie-Initiativen, die ein Stimmrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer und ein Stimmrecht ab 16 Jahren fordern, mit 2253 beziehungsweise 1900 Unterschriften eingereicht. Die beiden linken Parteien fordern damit Rechte für zwei bis anhin vom politischen Prozess ausgeschlossene Gruppen ein.

Das Stimmrecht ist ein demokratisches Grundrecht. Es wurde von den bürgerlichen Revolutionen erkämpft, um das eigene Schicksal selber in die Hand zu nehmen und die eigene Zukunft zu gestalten. Erreicht wurde – auch durch weitere Errungenschaften wie das Frauenstimmrecht – ein in weiten Teilen egalitärer, demokratischer Staat. Erst durch Partizipation der Bevölkerung werden die Beschlüsse des politischen Systems legitimiert. Jeglicher Ausschluss, beziehungsweise Verweigerung des Stimmrechts für bestimmte Teile der Bevölkerung muss deshalb sehr sorgfältig begründet und regelmässig von Neuem hinterfragt

werden. Eben dieser Aufgabe haben sich die beiden linken Jungparteien angenommen und sich gefragt, ob es demokratisch gerechtfertigt und fair ist, Bevölkerungsgruppen wie die Ausländerinnen und Ausländer oder die 16- und 17-Jährigen vom politischen Prozess auszuschliessen.

Für das junge grüne bündnis nordwest und die JUSO Baselland ist der Ausschluss von gut einem Viertel der Baselter Bevölkerung Grund genug, die Legitimation der politischen Entscheidungen und Beschlüsse anzuzweifeln. Der Ausschluss der niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer und der Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren stellt ein demokratisches Defizit dar. Dem demokratischen Grundprinzip, dass jede Person, die von einer politischen Entscheidung betroffen ist, am Entscheidungsfindungsprozess aktiv teilnehmen können muss, wird im politischen System des Kantons Basellandschaft nämlich nicht nachgekommen. Um dieses demokratische Grundprinzip – ein demokratisches Grundprinzip, das die Linke seit jeher einfordert – zu verwirklichen und damit die Legitimation der Demokratie an sich zu stärken, ist die Einführung des

Stimmrechts für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer und die Senkung des Stimmrechtsalter auf 16 Jahre ein notwendiger Schritt.

Mit der Abstimmung über die Demokratie-Initiativen muss das Baselter Stimmvolk Farbe bekennen und entscheiden, ob unser politisches System fairer und unsere Gesellschaft egalitärer werden soll. Die Stimmbewölkerung kann darüber entscheiden, ob wir der wahren Demokratie, in der jedes Mitglied der Gesellschaft mit einer Stimme mitbestimmen kann, ein grosses Stück näherkommen. Nutzen wir die Chance, Rechte zu erkämpfen, ergreifen wir die Gelegenheit, unsere Demokratie zu bewahren!



Anna Ott, Einwohnerrätin Liestal



junges grünes bündnis
nordwest

Urban Citizenship – Ein Recht auf Stadt



Urban Citizenship ist ein politisch aktuelles und schweizweit vieldiskutiertes Konzept. Gemeint ist damit eine „Stadtbürger*innenschaft“. Während die „Staatsbürger*innenschaft“ fundamentale Rechte an die Grenzen eines Nationalstaats, an Mobilitätskontrolle und Sesshaftigkeit bindet, meint Stadtbürger*innenschaft die Anpassung politischer Instrumentarien an die vielfältige Normalität moderner Städte.

Ein Viertel aller Bewohner*innen der Schweiz sind von politischer und rechtlicher Mitbestimmung ausgeschlossen, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Der Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Bildung, Arbeitsplätzen, öffentlichen Institutionen und anderen Räumen wird vielen von ihnen erschwert. Über Migration wird als Problem gesprochen und zahlreiche Migrant*innen zur angeblichen Konfliktquelle dargestellt, während sie aus Entscheidungspositionen ausgeschlossen bleiben. Diese Ungleichheit liesse sich durch den Zugang zu sozialen Rechten und Ressourcen für alle, die an einem Ort leben, ausgleichen.

Die Stadt New York hat im Januar 2015

einen kommunalen Personalausweis eingeführt. Bemerkenswert ist dies, weil auch New Yorker ohne legalen Aufenthaltsstatus Zugang zu diesem Dokument erhalten. Für 500'000 illegalisierte Migrant*innen, die im Schatten der Gesellschaft in permanenter Unsicherheit leben, wird dieser Ausweis völlig neue Teilhabemöglichkeiten eröffnen: Sie erhalten Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen, können leichter Miet-, Handy- und andere Verträge abschließen, unkomplizierter Bankgeschäfte erledigen und vieles mehr. Am wichtigsten ist, dass der Ausweis für sie einen Schutz im Umgang mit der Polizei bedeuten wird, weil bei einfachen Kontrollen nicht mehr erkennbar ist, ob sie über gültige Aufenthaltspapiere verfügen. Im Interesse eines funktionierenden Gemeinwesens ist es wichtig, dass die Stadtbewohner*innen keine Angst vor einem Kontakt mit den städtischen Behörden haben müssen.

In der Schweiz sind viele frustriert, dass auf Bundesebene die Migrations- und Asylgesetze seit Jahren stets repressiver ausgestaltet werden. Deshalb wenden sich Aktivistinnen und Aktivisten zunehmend der kommunalen Ebene zu, um die Lebensbedingungen von schätzungsweise 80'000 bis 300'000 in

der Schweiz lebenden Menschen ohne Papiere substanziell zu verbessern. Immer mehr Gruppierungen finden zusammen, um sich gemeinsam für eine solidarische Zukunft einzusetzen. Für eine erfolgreiche Veränderung braucht es Druck durch eine breite Bewegung im Zusammenspiel mit einer progressiven parlamentarischen Lokalpolitik.

«Das Recht auf Stadt ist nicht einfach das Recht auf Zugang zum bereits Existierenden – sondern das Recht, es nach den eigenen Wünschen zu gestalten.» (David Harvey). Bei der Stadtbürger*innenschaft geht es darum neue Visionen zu entwickeln, in denen Zugehörigkeit und soziale Rechte auf anderen Kriterien beruhen: etwa dem Wohnort und Lebensmittelpunkt oder der Teilhabe an der Gesellschaft.

Zentral für die Weiterentwicklung dieser Idee ist die Aufenthaltsfreiheit, welche alle Menschen Berechtigt, in unserer Stadt zu leben. Die Diskriminierungsfreiheit, wodurch allen Menschen die gleichen Rechte zugesprochen werden und ein Schutz vor Diskriminierung gewährleistet ist. Und die Gestaltungsfreiheit, die ein Recht auf Teilhabe und Mitwirkung ermöglicht. Dazu gehört auch die politische Gestaltung unserer Stadt. Diese Freiheiten beruhen darauf, dass wir dort an der Gesellschaft teilnehmen, wo wir wohnen, nicht dort, wo wir herkommen.

Verändert werden kann dadurch das Verständnis von Zugehörigkeit, weg von Migration als Problem, weg vom Integrationsimperativ und hin zu Fragen der Teilhabe, hin zur Thematisierung von Ungleichheiten und ungleichem Zugang zu Ressourcen.



Nicola Goepfert, BastA!-Koordination und Grossratskandidat Kleinbasel

Wir alle sind wieder gefragt – Pack mit an

Vor ungefähr einem Jahr steckten wir voll im Nationalratswahlkampf. Wenn ich daran zurück denke, denke ich vor allem auch an die grosse und breite Unterstützung, die meine Wahl in den Nationalrat überhaupt erst ermöglicht hat. Wenn wir diesen Drive wiederholen können, ist auch dieses Jahr einiges möglich.

Wir wollen die Fraktion des Bündnis Grüne Basta! im Grossen Rat vergrössern und wir wollen auch in der Regierung Verantwortung übernehmen. Dazu können wir auf verschiedene Arten beitragen.

Auf der Strasse

Wie in jedem Wahlkampf ist der direkte Kontakt mit den Menschen an Wahlständen und das Flyerverteilen ein wichtiger Bestandteil. Jeden Samstag findet auch in deinem Wahlkreis mindestens eine Standaktion statt. Wenn du

dir vorstellen kannst, an einem sonnigen Samstag mit anderen motivierten Leuten etwas Wahl-Werbung für Basta!, das Bündnis und Heidi als Regierungsrätin zu machen, melde dich. Denn gemeinsam macht es mehr Spass.

Im Internet

Schon bei den Nationalratswahlen war auch das Internet bzw. Social Media, wie facebook und twitter ein Teil des Erfolgs. Viele Menschen informieren sich heute zum grossen Teil auf social media. Das ist ebenfalls eine gute Gelegenheit, Menschen zu erreichen. Mit Liken, Kommentieren und dem Teilen von unseren Posts auf facebook hilfst du mit, dass mehr Wählerinnen und Wähler unsere Inhalte zu sehen bekommen.

fb.com/basta.bs
twitter.com/basta_bs
fb.com/HeidiMueck
twitter.com/HeidiMueck

Finanzielle Unterstützung

Last but not least braucht so ein doppel-

ter Wahlkampf neben dem persönlichen Einsatz natürlich auch finanzielle Mittel. Für den Grossrats-Wahlkampf haben wieder wunderbare Plakate, unzählige Flyer, eine Zeitung, welche gestaltet, gedruckt und in alle Haushalte verschickt wird. Auch der Regierungsratswahlkampf für Heidi kostet. Das Ziel ist die Wahlen zu 40'000.- mit Spenden zu finanzieren. Auch kleine Beträge bringen uns diesem Ziel näher.

PC 40-31244-5 Zahlungszweck "GR-Wahlen" oder "RR-Wahlen"

Packe wieder mit an, damit rot-grün wieder die Mehrheit im Parlament hat und wir unsere Sitzzahl erhöhen können. Deshalb jetzt schon ein herzliches Dankeschön für deine Unterstützung, welcher Art sie auch sein mag!



Sibel Arslan

Nationalrätin Basta!

Hände weg vom U-Abo

Wir wehren uns entschieden gegen das schrittweise Kaputtsparen des U-Abos und gegen die angekündigte Preiserhöhung bei den Einzelfahrten. Das Erfolgsrezept «Eine Region, ein Abo» zu vernünftigen Preisen muss erhalten bleiben.

Die Petition will, dass das Erfolgsmodell U-Abo und TNW nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Das U-Abo muss in der heutigen Form erhalten bleiben. Die Petition fordert die Regierung und den Grossen Rat auf, nicht beim öffentlichen Verkehr und der Lebensqualität der Bevölkerung zu sparen. Falls der TNW nicht auf die Preiserhöhungen verzichten will, soll der Kanton Basel-Stadt die Preissteigerung durch eine höhere Subvention des U-Abos in Basel-Stadt kompensieren.

Das Erfolgskonzept des TNW muss aus- nicht abgebaut werden, deshalb soll sich

TNW aus- statt abbauen:
Gleis 7 anerkennen!



Jetzt Petition online unterzeichnen:



basta-bs.ch/tnw-petition



Basel-Stadt beim TNW dafür einsetzen, dass das Gleis7-Abo auf dem ganzen TNW-Netz anerkannt wird. Das Gleis 7 Abonnement der SBB erlaubt es allen unter 25jährigen ab 19:00 Uhr bis Betriebsschluss ohne zusätzliche

Fahrkarte unterwegs zu sein. Es gilt auf dem gesamten SBB Streckennetz und wird von rund 100 Transportunternehmen anerkannt, leider nicht von der TNW-Betrieben.

basta-bs.ch/tnw-petition